



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretender Vorsitzender der
SPD-Bundestagsfraktion

Dr. Matthias Miersch, MdB · 11011 Berlin

Deutscher Bundestag
Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Ansprechpartnerinnen: Kathrin
Kortmann, Michael Meyer, Torben
Bernstein
Tel: (030) 227 – 71111
Fax: (030) 227 – 76099
Email: matthias.miersch@bundestag.de

Wahlkreis
Kurt-Schumacher-Haus
Odeonstr. 15/16
30159 Hannover
Ansprechpartnerinnen:
Heidrun Hellemann, Frauke Meyer-Grosu,
Henrik von Meyenn
Tel: (05 11) 16 74 303
Fax: (05 11) 92 03 190
Email:
matthias.miersch.wk@bundestag.de

www.matthias-miersch.de

Berlin, 22. Februar 2019

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Genossinnen und Genossen,

nachdem ich in meiner letzten Persönlichen Erklärung über das Ergebnis der Kohlekommission berichtet habe, möchte ich nun in dieser aktuellen Persönlichen Erklärung über weitere positive Entscheidungen informieren und auch über solche, die uns im Wahlkreis noch intensiv beschäftigen werden.

1. Digitalpakt

Ich war erst kurz im Bundestag, da hatten Bundestag und Bundesrat das sogenannte Kooperationsverbot im Bildungsbereich in die Verfassung aufgenommen. Ich bin heute noch froh, damals gegen diese weitreichende Verfassungsänderung gestimmt zu haben. Umso erfreulicher ist nun, dass dieser Fehler gestern deutlich korrigiert worden ist. Mit der beschlossenen Verfassungsänderung ist es nun möglich, dass der Bund die Länder im Rahmen der Digitalisierung der Schulen finanziell unterstützen kann. Fünf Milliarden sind zunächst für die kommenden Jahre vorgesehen. Dabei geht es nicht nur um die sachliche Ausstattung, sondern auch um die Finanzierung von Medienassistenten und projektbezogenen Fortbildungen. Ein ganz wichtiges Projekt des Koalitionsvertrages wird endlich umgesetzt!

2. Grundrente

Ein weiteres wichtiges Projekt der Großen Koalition hat Arbeitsminister Hubertus Heil angestoßen: die Grundrente. Menschen, die 35 Jahre gearbeitet haben (oder in Zwischenzeiten Kinder erzogen bzw. Angehörige gepflegt haben), deren Einkommen aber nicht dafür reichte, einen Rentenanspruch oberhalb der sogenannten Grundsicherung zu erhalten, sollen einen Anspruch auf die neue Grundrente bekommen. Natürlich kommen nun FDP, Teile der CDU/CSU und die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft wieder aus den Löchern. Hauptstreitpunkt ist die sogenannte Bedürftigkeitsprüfung und in diesem Zusammenhang die häufig bemühte Zahnarztgattin, die nun auch einen Anspruch auf Grundrente erhalten würde. Interessant finde ich, welches Rollenbild sich dahinter verbirgt, und wie fundamental unterschiedlich die Sichtweisen sein können. Die Lebensleistung einer Frau oder eines Mannes, die/der 35 Jahre in einem Beruf mit geringem Einkommen gearbeitet



Dr. Matthias Miersch

Mitglied des Deutschen Bundestages

hat, bemisst sich doch nicht an der Leistung des Ehepartners – so jedenfalls meine feste Überzeugung. Natürlich müssen dann die gesamten Einkünfte bewertet werden – aber das ist keine Frage der Grundrente, sondern eine Frage von Steuergerechtigkeit! Ich bin gespannt, wie die Diskussion in der Großen Koalition weiter gehen wird. Es mehren sich jedenfalls auch die Unterstützerstimmen bei CDU/CSU.

Wer weitergehende Informationen zu den Vorschlägen bekommen möchte, kann dies tun unter

<https://www.spd.de/aktuelles/grundrente/>

Es ist spannend zu beobachten, dass der Vorstoß sehr viel Zustimmung in der Bevölkerung findet. Die Sehnsucht nach Anerkennung von Lebensleistung und entsprechender Absicherung ist klar erkennbar. Genau hier muss die SPD ansetzen, wie wir es nun auch im Parteivorstand mit dem neuen Sozialstaatskonzept getan haben.

3. Sozialstaatskonzept

Im Rahmen der Wennigser Gespräche haben wir auch in der SPD Region Hannover intensiv über Bestandteile eines künftigen Sozialstaatsmodells diskutiert. Zentral war die geäußerte Kritik, dass im Rahmen der „Hartz-Reformen“ die Lebensleistung keine ausreichende Berücksichtigung erfahre. Selbst nach langer Berufstätigkeit ist im Falle der Arbeitslosigkeit nach relativ kurzer Zeit der Sturz auf den Status derjenigen, die noch nie gearbeitet haben, möglich. Genau hier setzt das nunmehr vom Parteivorstand beschlossene Konzept an: Wer lange gearbeitet hat, bekommt auch länger Arbeitslosengeld. Mit dem Recht auf Weiterbildung wird eine Perspektive ermöglicht, die Sicherheit bietet. Auch für die, die trotz Qualifizierung keine neue Arbeit finden, wird ein Bürgergeld konzipiert, das weitere Chancen öffnet und vor allem an dem Punkt ansetzt, den wir bereits durch die Einführung eines öffentlichen Beschäftigungssektors in dieser Großen Koalition begonnen haben. Darüber hinaus wollen wir eine Kindergrundsicherung einführen, die jedes Kind vor Armut schützt. Die einzelnen Elemente des Konzepts können hier weiter nachgelesen werden:

<https://www.spd.de/aktuelles/ein-neuer-sozialstaat-fuer-eine-neue-zeit/>

Der Beschluss des Parteivorstands dokumentiert für mich die Notwendigkeit, nun im Rahmen der programmatischen Erneuerung Schritt für Schritt sehr konkrete Konzepte zu präsentieren, damit klar wird, für welchen Staat und für welche Gesellschaft wir eintreten. Es gilt, ein Staatsmodell zu entwickeln, das gerade angesichts von Globalisierung und den vielen Unsicherheiten Solidarität und damit eine besondere Form von Sicherheit garantiert. Deshalb wurde die SPD gegründet. Gerade im Bereich der Gesundheitspolitik, der Pflege und der Rente müssen weitere Konzepte folgen. Natürlich müssen in diesem Zusammenhang auch Finanzierungsfragen auf den Tisch. Ich bin mir sicher, dass die SPD wieder mehr Zustimmung erfahren wird, wenn sie hier klare Antworten gibt, da sich die Mehrheit der Bevölkerung nach Zusammenhalt und Solidarität sehnt.



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages

4. § 219a

Aufgrund von Gerichtsverfahren ist ein Thema auf die Tagesordnung der politischen Diskussion gekommen, das Generationen im Rahmen des § 218 StGB beschäftigt hat. Konkret geht es aktuell um die Frage, in welcher Form eine Ärztin/ein Arzt über Schwangerschaftsabbrüche informieren darf. In Deutschland werden Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, häufig von sog. Lebensschützern attackiert, so dass es in diesem Zusammenhang auch immer wieder zu Strafanzeigen gekommen ist, da den Ärzten „Werbung“ vorgeworfen wurde. Es war äußerst schwer, mit CDU/CSU einen Kompromiss zu erzielen. Gestern haben wir nun eine gesetzliche Änderung beschlossen, die nach meiner Überzeugung einen wichtigen Schritt darstellt. Nunmehr können Ärztinnen und Ärzte rechtssicher auf ihren Internetseiten über die Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen informieren. Sie können hinsichtlich der genauen Methoden auf Informationen der Bundes- und Landesbehörden, Beratungsstellen und Ärztekammern verweisen. Für die SPD bleibt weiterhin die vollständige Aufhebung entsprechender Paragraphen im Strafrecht das Ziel. Der Kompromiss stärkt aber nunmehr zunächst das Informationsrecht der Frauen – ein wichtiger erster Schritt!

5. SüdLink

Gestern hat der Netzbetreiber Tennet die Pläne für den Verlauf der Stromtrasse SüdLink vorgestellt. Mich hat die vorgeschlagene Route überrascht, da ich davon ausgegangen bin, dass Tennet bei der bislang favorisierten Trasse östlich Hannovers bleibt. Entscheidend ist jetzt, dass Tennet transparent die Gründe für diesen Vorschlag darlegt und die Beteiligung der betroffenen Orte ermöglicht. Wichtig ist für mich, dass die Trasse in Form der Erdverkabelung vorgesehen ist, so dass eine Hauptforderung auch vieler Initiativen aus den vergangenen Jahren erfüllt wird. Ich möchte an dieser Stelle auch gerade vor dem Ergebnis der Kohlekommission noch einmal bekräftigen, dass für mich die grundsätzliche Notwendigkeit der Trasse außer Frage steht. Wir können aus Atom und Kohle nur aussteigen, wenn wir die entsprechende Infrastruktur für das Zeitalter der Erneuerbaren Energien errichten. Dass es in den kommenden Jahrzehnten dabei auch immer wieder Innovationen geben wird und die Frage einer vermehrt dezentralen Erzeugung weiter auf der Tagesordnung bleibt, widerspricht nicht der Planung, auf See erzeugte Energie in die Republik transportieren zu müssen – gerade auch angesichts der vielfältigen Proteste gegen Windkraftanlagen an Land. Ich gehe davon aus, dass sich alle Interessierten in den kommenden Wochen auf Veranstaltungen des Netzbetreibers vor Ort weiter informieren können.

Und noch etwas zum Schmunzeln zum Schluss: Wer Lust hat, den politischen Aschermittwoch mit Hauke Jagau und mir in Laatzen zu erleben, ist herzlich eingeladen (Einladung siehe Anhang).

Seid herzlich begrüßt.

Ihr/Euer Matthias Miersch



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, reading "Matthias Miersch".

Dr. Matthias Miersch, MdB